



Thema des Monats der hessischen IHKs

April 2017

Straßen verbessern, Planungskapazität bei Hessen Mobil aufstocken

Auf Hessens Straßen sind immer mehr Menschen mobil. Um das steigende Verkehrsaufkommen bewältigen zu können, müssen sie qualitativ hochwertig erhalten und dort ausgebaut werden, wo Engpässe entstanden sind. Die Straße als wichtigster Verkehrsträger für den Wirtschaftsverkehr hat eine herausragende Bedeutung für die Unternehmen.

Die vom hessischen Verkehrsminister angekündigte Erhöhung des Erhaltungsetats für die Landesstraßen um neun Millionen Euro in 2017 ist richtig und wichtig. Mit zehn Prozent mehr Geld im Vergleich zu den Vorjahren lassen sich deutlich mehr Straßenabschnitte sanieren als bisher. Trotz des guten Willens der Landesregierung, mehr Geld für den Erhalt der Landesstraßen bereitzustellen, klafft noch immer eine Lücke von mindestens 50 Millionen Euro pro Jahr, um den verkehrssicheren Erhalt der Landesstraßen zu garantieren.

Will man den Erhalt nun sichern und den Substanzverzehr des hessischen Straßennetzes endlich aufhalten, muss neben den Erhaltungsmitteln, auch die Planungskapazität bei Hessen Mobil aufgestockt werden, da hier nun aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs (ARGE) eine entscheidende Engstelle entstanden ist. Wichtig ist, dass bei der Landesstraßenbaugesellschaft genügend qualifizierte Mitarbeiter und Ingenieure zur Verfügung stehen, die die komplexen Planungsprozesse beherrschen. Mit Blick auf die geplante Bundesfernstraßengesellschaft darf jetzt nicht Jahre gewartet und mit vorhandenem Personal einfach so weiter gemacht werden. Damit werden nicht nur wichtige Projekte im Landesstraßenbau verzögert, sondern auch gerade die beschlossenen Ausbauprojekte aus dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2030.

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 hat das Transitland Hessen bei der Projektverteilung, wegen seiner zentralen Lage auch richtigerweise, im Ländervergleich gut abgeschnitten. Wichtige Vorhaben in Frankfurt/Rhein/Main, aber auch im Norden und in der Mitte Hessens sind jetzt vom Bund endlich angemessen priorisiert und auch mit einer Finanzierungszusage bis 2030 ausgestattet. Es darf nicht sein, dass jetzt Personalengpässe bei Hessen Mobil im Ingenieurbereich diesen Erfolg gefährden und Hessen deshalb Bundesmittel für den Ausbau der Infrastruktur verloren gehen.

Auch der Bund muss sich finanziell stärker an den Planungskosten beteiligen, denn seine Pauschalvergütung an die Straßenbauverwaltungen der Länder im Rahmen der Auftragsverwaltung ist, angesichts der komplexen Planverfahren, deutlich zu niedrig und längst nicht mehr kostendeckend.

Ansprechpartner: Dr. Alexander Theiss | a.theiss@frankfurt-main.ihk.de | 069 2197 1332